

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonelleile für Arbeitsgehilfe 75 Pf., Geschäft- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seifenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Wenige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 46.

Duisburg, den 11. November 1916.

17. Jahrgang.

Kriegsauschuß für die Metallindustrie in Baden

Unter der Ueberschrift „Schiedshöfe für die Kriegsindustrie“ haben wir in den Nr. 42 und 43 unseres Organs über die Errichtung derartiger Schiedseinrichtungen in Deutschland im Allgemeinen und im Besonderen über den Schiedshof in Bayern und den Kriegsauschuß für die Metallindustrie, Sitz Frankfurt a. M. berichtet, Nunmehr können wir mitteilen, daß unter dem oben angeführten Titel eine gleiche Einrichtung für den Bereich des 14. Armeekorps in Baden ins Leben gerufen worden ist.

Der Kriegsauschuß für Baden wurde als Schlichtungsamt nach dem Muster des in Frankfurt a. M. eingeführten Ausschusses errichtet. Durch Schlichtung einzelner Streitfälle soll verhindert werden, daß bei den Arbeitern Unzufriedenheit entsteht, worauf angelegentlich der an die Metallindustrie im Kriege zu stellenden hohen Anforderungen besonderer Wert gelegt werden muß. Der geplante Ausschuß soll keine vollstreckbaren Entscheidungen geben, sondern nur versuchen, auf gütlichem Wege Einigung zu erzielen. Der Ausschuß soll nicht etwa berufen sein, grundsätzliche Fragen zu entscheiden, sondern in der Hauptsache als Schlichtungsamt bei wirtschaftlichen Streitfragen tätig sein. Die Verhandlungen sollen mündlich in Sitzungen des Ausschusses erfolgen. Eine Vertretung der Beteiligten (Streitenden) durch Vertrauensleute (Mundanwalt) soll möglich sein. Es ist zunächst nur ein Ausschuß mit dem Sitz in Karlsruhe gegründet, der nach Bedarf an verschiedenen Orten tagen kann. Die Sitzungen der Anrufung und der Verhandlung des Ausschusses soll in der Regel nicht mehr als 10 Tage betragen. Der Ausschuß kann keine vollstreckbare Entscheidung fällen, soll vielmehr lediglich den Zweck haben, durch Vermittlung in Einzelfällen folgenschwere Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verhüten. Auf den Weg der Abstimmung bei den Verhandlungen kann nicht verzichtet werden. Der Vorsitzende kann durch Abgabe seiner Stimme eine Entscheidung herbeiführen, kann aber auch prinzipielle Gegenstände durch Stimmenthaltung unentschieden lassen. Der Ausschuß kann sowohl vom einzelnen Beteiligten als auch von den Organisationen angerufen werden. Für spätere Zweifelsfälle soll die Verhandlungsniederschrift, insbesondere die Erläuterung des Hauptmanns (Schr. v. Müdt) über den Zweck des Ausschusses als Erläuterung der Satzungen gelten. Mit der Unterzeichnung dieser Verhandlungsniederschrift durch die Vertreter der Organisationen der Arbeitgeber beziehungsweise Arbeitnehmer gilt der Kriegsauschuß als gebildet. Die Teilnahme eines Vertreters der Gewerbeaufsichtsbehörde an den Sitzungen als beratender Beisitzer ist erwünscht. Je eine Abschrift dieser Verhandlungsniederschrift sollen die Gewerbeaufsichtsbehörde sowie die in der Sitzung vertretenen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen erhalten. Die Betriebe, die Metallarbeiter in größerem Umfange beschäftigen, sollen von der Bildung des Kriegsauschusses Mitteilung erhalten mit der Aufforderung, Arbeiter, die wegen Lohn- und ähnlichen Differenzen den Kriegsauschuß anrufen wollen, nicht wegen dieser Differenzen zu entlassen, bis die Verhandlung vor dem Ausschuß stattgefunden hat.

Die Organisation des Ausschusses wird wie folgt vereinbart:

1. Name: Kriegsauschuß für die Metallindustrie, Sitz Karlsruhe.
2. Bezirk: Der Ausschuß umfaßt den Bezirk des XIV. A.-K., mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande und des Oberelsaß.
3. Zweck: Der Ausschuß ist als Schlichtungsamt bei wirtschaftlichen Streitigkeiten in Betrieben der Metallindustrie oder solcher anderer Industriezweige, die erhebliche Mengen von Metallarbeitern beschäftigen, von einem der Beteiligten anzurufen, wenn die Streitigkeiten sich nicht innerhalb der Betriebe oder durch die beteiligten Organisationen beilegen lassen. Gutachtlich kann der Kriegsauschuß zu allen anderen kriegswirtschaftlichen Fragen Stellung nehmen, die von Seiten der Beteiligten oder irgend welcher Behörde ihm unterbreitet werden.
4. Zusammensetzung: Der Ausschuß besteht aus je 3 Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Beschlußfähig ist der Ausschuß, wenn mindestens je 2 Vertreter von jeder Seite anwesend sind. Falls beide Seiten nicht in gleicher Stärke vertreten sind, scheidet von der stärkeren Seite der Älteste aus.

Der Vorsitz wird von einem Vertreter des stellv. Generalkommandos geführt.

5. Geschäftsordnung: Anträge auf Einberufung des Ausschusses sind schriftlich unter Begründung an den Vorsitzenden zu richten. Dieser erläßt nach Prüfung die Einladungen an die Mitglieder des Ausschusses und an die Beteiligten. Falls der Kriegsauschuß gemäß Ziff. 3 Abs. 1 angerufen ist, soll die Frist zwischen Einberufung und Zusammentritt des Ausschusses nicht mehr wie 10 Tage betragen. Der Vorsitzende hat seinerseits das Recht, den Ausschuß einzuberufen.

Die Beteiligten können sich durch einen Vertrauensmann bei der Verhandlung vertreten lassen. Falls ein Beteiligter bei der Verhandlung nicht anwesend oder vertreten ist, kann trotzdem verhandelt werden.

Bei Stimmengleichheit kann der Vorsitzende durch Abgabe seiner Stimme eine Entscheidung herbeiführen.

Karlsruhe, den 13. September 1916.

Genehmigt und unterschrieben:

Von Seiten des stellv. Generalkommandos XIV. A.-K.:
Schr. v. Müdt, Hauptmann.

Von Seiten des Verbandes der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzenden Industriebezirke S. W.:
Dr. Otto Krebs, E. Reuther.

Von Seiten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes:
S. Bernick, Karl Vorhöfner.

Von Seiten des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes:
Wilh. Thelen.

Als Schlichtungsamt ist also diese Einrichtung, welche sich zunächst nur auf die Metallindustrie erstreckt, gedacht.

Arbeitgeber wie Arbeitnehmervertreter waren sich bei den diesbezüglichen Verhandlungen darüber klar und sprachen dies aus, daß die Organisation und ihre Funktion durch diesen Ausschuß nicht ersetzt werden könne. Arbeitgeber so wenig wie Arbeiter sind geneigt auf die Mittel der Organisation zu verzichten. Nur wollen beide Teile während der Dauer des Krieges durch die Wirksamkeit des Ausschusses größere Differenzen vermeiden.

Hat die Gründung und Funktion dieses Ausschusses den Erfolg, daß Arbeitgeber und Arbeiter sich nähern und besser verstehen lernen, so bedeutet seine Existenz ein weiterer Fortschritt auf sozialwirtschaftlichem Gebiete.

Immerhin wird die Einrichtung dann ein totes, unbewusstes Kind bleiben, wenn die Arbeiterschaft derselben interessenlos gegenübersteht. Durch die Metallarbeiterorganisationen und den Verband der Metallindustriellen wurde sie geschaffen. Durch die Zugehörigkeit zu diesem Organisationen kann sie für die Beteiligten auch nur fruchtbringend wirken. Organisationsfremder Indifferentismus wird auf Seiten der Arbeitgeber sowohl als auf Seiten der Arbeiter viel eher den Keim von unerwünschten Differenzen aufkommen lassen, als bei der organisierten Arbeiter- und Arbeitgeberchaft. Und doch werden schließlich immer die Unorganisierten beider Parteien am allerwenigsten von der Entwicklung der Dinge auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie auf dem Arbeitsmarkte selbst befriedigt sein. Organisation ist und bleibt nun einmal während und nach dem Kriege für uns Deutsche nicht nur allein ein Lösungswort, sondern der Ansporn zu erfolgreicher Tat und der Urquell unserer Erfolge.

Deshalb heißt es auch insbesondere für die Arbeiterschaft: Schließt euch eurer Organisation an. Macht sie stark und leistungsfähig für alle Fälle, dann werden Fortschritte und Neuerrichtungen auf sozialpolitischem Gebiete nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.

Es ist selbstverständlich, daß für den christlich-nationalen Metallarbeiter hier nur der Christliche Metallarbeiterverband in Frage kommt.

Der „Deutsche Industrierat“

Der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen und der Verein zur Wahrung der Interessen d. chemischen Industrie Deutschlands haben sich zu einem „Deutschen Industrierat“ vereinigt. Aus Anlaß dieser Vereinigung wurden an Seine Majestät den deutschen Kaiser folgendes Telegramm gerichtet:

„S. M. dem Deutschen Kaiser,
Großes Hauptquartier.

Mit allen übrigen Vertretern unseres Wirtschaftslebens sind die führenden Verbände der deutschen Industrie überzeugt, daß der Deutschland so freudlich aufgezwungene Kampf um sein politisches und wirtschaftliches Fortbestehen entschlossen ausgetragen werden muß, um einen siegreichen die deutsche Zukunft auch in wirtschaftlicher Hinsicht sicherstellenden Frieden zu erreichen.

Die Gewißheit, daß dieses Ziel nur bei einmütigem Zusammenstehen unseres Volkes erreicht werden kann und daß die uns nach dem Kriege unzweifelhaft erwachsenden schwierigen Aufgaben gleichfalls nur mit vereinter wirtschaftlicher Kraft überwunden werden können, hat den Zentralverband Deutscher Industrieller und den Bund der Industriellen mit allen ihnen angeschlossenen Verbänden bewegt, sich in Gemeinschaft mit dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands in dem Deutschen Industrierat eine gemeinsame Vertretung zu geben. Die bereits während des Krieges im Kriegsauschuß der deutschen Industrie erfolgreich betätigte Zusammenfassung der industriellen Kräfte zur gemeinsamen Arbeit soll damit auch für die Zeit des Friedens sichergestellt werden.

Die geeinte deutsche Industrie ist fest entschlossen, ihre ganze Kraft für die von Eurer Kaiserlichen Majestät als unseren allerhöchsten Kriegsherrn erstrebte glückliche und starke Zukunft unseres Volkes einzusetzen und keine Mühen und Opfer zu scheuen, um an ihrem Teile dazu beizutragen, daß das Deutsche Reich aus diesem Kriege gestärkt und erweitert und gegen erneute Ueberfälle in West und Ost gesichert hervorgeht, als fester Hort einer friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung, der Vorbedingungen jedes kulturellen und sozialen Empfortretens. Sie ist überzeugt darin, auch den Interessen eines jeden ihrer Angestellten und Arbeiter, seiner Kinder und Kindeskinde zu dienen für deren weiteres wirtschaftliches und kulturelles Aufsteigen sie sich als Arbeitgeberin verantwortlich fühlt.

Deutscher Industrierat.

gez.: Rötger, Landrat a. D., Friedrichs, R.-M.

Soweit dieser weitere Zusammenschluß der deutschen Industrie wirtschaftspolitische Ziele und Aufgaben betrifft, ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, sondern wir freudig zu begrüßen. Ob sich die neue Vereinigung aber auf dieses gewiß reiche und wichtige Aufgabengebiet beschränkt, muß erst die Zukunft lehren. Nach den bisherigen Erfahrungen wird es uns niemand verübeln können, wenn wir da Zweifel hegen. „Das gebrannte Kind scheut das Feuer!“ Die Arbeiterschaft allgemein aber sollte aus diesem lädenlosen Zusammenschluß der Unternehmer endlich die richtige Nutzenwendung ziehen. Den festgefühten Unternehmerbereinigungen gegenüber bedeutet der einzelne Arbeiter noch viel weniger wie er an sich schon dem einzelnen Unternehmer gegenüber bedeutet. Die einzige Möglichkeit für den Arbeiter, sich diesen gewaltigen Unternehmerorganisationen gegenüber behaupten und durchsetzen zu können, ist, daß er sich ebenfalls mit Gleichgesinnten seines Standes und Berufes verbindet. Nur die Gewerkschaft gibt dem einzelnen Arbeiter eine derartige Verbindungsmöglichkeit und damit einen wirtschaftlichen Rückhalt für alle Fälle.

Reichsverband für die deutsche Metallindustrie

Eine weitere Neugründung im Unternehmerlager der Metallindustrie ist vor kurzem in Berlin vor sich gegangen. Am 28. Oktober 1916 wurde in einer stark besuchten Versammlung im Vereinshaus der deutschen Ingenieure in Berlin der „Reichsverband für die deutsche Metallindustrie“ ins Leben gerufen. Der Verband soll die gesamten deutschen Metall verarbeitenden Industriellen umfassen, soweit sie nicht dem Maschinenbau oder der Elektrotechnik angehören. Nach Ansicht der bei der Gründung führenden Persönlichkeiten habe die Elektrotechnik und der Maschinenbau bereits seit langem über machtvolle Organisationen verfügt und seien infolge dessen in der Lage gewesen, bei den zahlreichen Maßnahmen der Kriegs-

wirtschaft ihre Stimmen in die Waagschale zu werfen. Dagegen habe der übrigen Metall verarbeitenden Industrie ein derartiger Zusammenschluß vollständig gefehlt. Es seien wohl eine ganze Anzahl Verbände und Vereine vorhanden, denen jedoch eine führende Stellung nicht beizumessen sei und die zahlreichen von diesen vorgebrachten einander häufig wiederwiderprechenden Wünsche hätten für die Reichsleitung die Grundlagen für irgendwelche organisatorischen Maßnahmen nicht bilden können.

Der neue Verband stellt sich folgende Programmpunkte:

- a) Aufklärung der Reichs- und Staatsbehörden, Parlamente und der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Bedürfnisse der deutschen metallverarbeitenden Industrien in bezug auf die wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzgebung, Zoll- und Verkehrspolitik.
- b) Bearbeitung der Ausfuhrinteressen.
- c) Beratende Mitwirkung bei dem Abbau der Metallbeschlagsnahme und sonstiger Kriegsmassnahmen, die die Interessen der Industrie betreffen.
- d) Sicherung der Forderungen im feindlichen Ausland durch besondere Maßnahmen der Industrie bzw. der neu zu gründenden Vereinigung.
- e) Einflussnahme auf die Verteilung der nach Friedensschluß heretinkommenden Sparmetalle, Rohstoffe und anderen Waren.
- f) Mitwirkung bei der Organisation und Vertretung der Metallwarenindustrie in den Einrichtungen der Übergangswirtschaft.
- g) Ferner die üblichen Vereinstpunkte, wie gegenseitiger Austausch der Erfahrungen, Bedürfnisse und Wünsche unter den Mitgliedern, soweit sie im allgemeinen Interesse liegen; Durchführung einer gesunden Preispolitik, gemeinsamer zweckmäßiger Preisierungsbedingungen usw.

Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde gewählt Herr Handelsrichter Dr. Fürstenhietm. Der Vorstand setzt sich im übrigen zusammen aus den Herren:

Direktor P. L. H. M. (Berlin), Hospianoportefabrikant Feurich (Leipzig), Professor Goldschmidt (Essen), Kommerzienrat Hohner (Troffingen i. W.), Direktor Andreas Haller (Schwenningen i. W.), Geheimerr. Komm.-Rat Dr. Ing. h. c. Junghans (Schramberg), Hennhof, (Berlin), G. Nolte (Waldenfeld), Direktor Karl Schaller (Berlin), Direktor Max Scholz (Berlin), Geheimerr. Komm.-Rat Schmidtner (Stuttgart), Direktor Stein (Berlin), Kommerzienrat Viktorius (Berlin), Geheimerr. Regierungsrat Dr. Jhr. Jander (Berlin), Direktor Siegler (Berlin).

Zum Generalsekretär des Verbandes ist bestellt worden Herr Dr. Ing. Erwin Kramer, welcher bisher schon als Vertrauensmann des Reichsamts des Innern und Leiter der Zentralstelle der Ausfuhrbewilligungen in der Metallindustrie und als Leiter der Metallberatungs- und Verteilungsstelle für die Metallindustrie tätig war.

Das Geschäftsbüro des Verbandes befindet sich in Berlin-Tempelhof, Hohenzollerntorso 1.

Aus der Zusammensetzung des Vorstandes geht schon hervor, daß es sich hier um einen Verband han-

delt, in dem alle wesentlichen Industriebezirke Deutschlands, in denen Metall in der einen oder anderen Form verarbeitet wird, vertreten sind.

Gegen die veröffentlichten Aufgaben auch dieser neuen Unternehmervereinigung sind wohl kaum Einwendungen zu erheben, es fragt sich nur, was er unter Aufklärung usw. in bezug auf die „sozialpolitische“ Gesetzgebung versteht. Welche Stellung im übrigen der neue Reichsverband der deutschen Metallindustrie zu den berechtigten Bestrebungen der Arbeiterschaft einnehmen wird, darüber verlautet vorläufig noch nichts. Im Interesse des deutschen Volkes wie auch der in Betracht kommenden Industrien und der beschäftigten Arbeiterschaft wäre ja dringend zu wünschen, daß die Lehren des gegenwärtigen Weltkrieges auch auf diesem Gebiete nicht spurlos an den führenden Männern der neuen Vereinigung vorübergegangen seien. Intolerant dies zutrifft, muß die Zukunft lehren. Der Arbeiterschaft der in Frage kommenden Zweige der deutschen Metallindustrie aber sollte die neue Unternehmervereinigung dringende Veranlassung sein, nun auch ihrerseits energisch und zielbewußt an dem Erstarben und weiteren Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu arbeiten. Im anderen Falle würden doch trotz aller schönen Worte ihre Interessen ernstlichen Schaden leiden.

Allgemeine Rundschau

Gleichberechtigung der Arbeiter.

Das kürzlich veröffentlichte Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung enthält in seinem zweiten Hauptteil die Forderungen und Aufgaben, die dieser Bewegung eigen sind. An der Spitze der Forderungen steht die Gleichberechtigung. Darunter versteht die christlich-nationale Arbeiterbewegung die

„Tatsächliche Anerkennung des Wertes der Arbeiter- und Angestelltenarbeit hinsichtlich ihrer Arbeitsleistung und Verbraucherkraft in der nationalen Volkswirtschaft, in Staat und Gesellschaft, sowie hinsichtlich ihrer Mitarbeit an der allgemeinen Volkskultur.“

Zu den Einzelfragen des öffentlichen Lebens wird u. a. gefordert: Beseitigung noch vorhandener Erschwernisse einer vollberechtigten Teilnahme an der Erledigung der Staatsaufgaben durch Reform der Wahlrechte für Einzelstaat, Gemeinde und Gemeindeverbände und Heranziehung von Angehörigen aus allen Volksschichten zu den Aufgaben der Rechtsprechung und Verwaltung. Weiterbildung des Volksschulwesens im Sinne einer weitgreifenden schulmäßigen Ausbildung der geistigen und arbeitstechnischen Fähigkeiten auch der arbeitenden Bevölkerung, Fortbildungs-, Fach- und Volkshochschulen sind zu diesem Ziele planmäßig auszubauen. Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände als rechtmäßiger wirtschaftlicher und sozialpolitischer Ständevertretungen durch Behörden, Unternehmer und Rechtsprechung, unter Schaffung von Grundlagen für ihr dauerndes Zusammenwirken. Schaffung öffentlich-rechtlicher Vertretungen der Arbeiter und Angestellten mit den Aufgaben von Berufsammern. Schuß der einheimischen Arbeiter vor lohnbrückenden Einwirkungen der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Reichsgerichtliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens in Verbindung mit der Errichtung von Arbeitsnachweisämtern in Reich, Einzelstaat und Bezirken. Ausbau des Koalitionsrechts in dem Sinne, daß zunächst dessen Ausübung sichergestellt, gesetzliche Erschwernisse beseitigt und Vereinbarungen und

Maßnahmen zur Behinderung seines Gebrauchs, sei es mittelbar oder unmittelbar, unter Strafe gestellt werden; daß ferner das berechnete Mittel des wirtschaftlichen Arbeitskampfes gewährleistet und seine Anwendung gesetzlich gesichert wird. Förderung des Einigungswesens. Errichtung eines Reichseinigungsamtes. Planmäßige Zusammenfassung des Arbeitsrechtes nach einheitlichen Grundfragen in einem Arbeitsrechtbuch, gültig für das Deutsche Reich, enthaltend Bestimmungen für alle Dienstverhältnisse und für alle Personen, die als Leistung ihre Persönlichkeit einbringen und abhängig sind.

Die Leistung der deutschen Stahlindustrie.

Nach der Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Flußstahlerzeugung im deutschen Zollgebiet im Monat September (26 Arbeitstage) insgesamt 1.393.434 To. gegen 1.414.097 To. im August 1916 (27 Arbeitstage). Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt: (wobei in Klammern die Erzeugung für August angegeben ist): Thomasstahl 653.894 To. (658.558), Bessemerstahl 16.752 To. (14.247), Basisther Siemens-Martin Stahl 570.842 To. (580.028), Saurer Siemens-Martin Stahl 14.871 To. (21.145), Basisther Stahlforguß 71.337 To. (74.483), Saurer Stahlforguß 38.302 To. (38.315), Tiegelstahl 9961 To. (10.228), Elektro Stahl 17.475 To. (17.093). Von den Bezirken sind im September (gegenüber August) beteiligt: Rheinland-Westfalen mit 789.579 To. (799.346), Schlefien mit 115.760 To. (123.529), Siegerland und Hessen-Nassau mit 28.423 To. (28.413), Nord- Ost- und Mitteldeutschland mit 60.712 To. (61.319), Königreich Sachsen mit 29.814 To. (30.508), Sächsisches Rheinland mit 13.235 To. (13.188), Saargebiet und Bayerische Rheinpfalz mit 118.859 To. (117.587), Elsaß-Lothringen mit 129.910 To. (127.815), Luxemburg mit 107.142 To. (112.392). Die arbeitstägl. Gesamtproduktion ist von 52.374 To. im August auf 53.594 To. im September gestiegen.

Eine Uebersicht über die arbeitstägl. Erzeugung seit Januar 1915 bietet folgende Zusammenstellung:

	1915	1916
	To.	To.
Januar	38 552	49 085
Februar	39 425	49 085
März	40 678	49 918
April	42 181	52 726
Mai	42 521	52 301
Juni	41 568	54 971
Juli	42 172	52 524
August	44 566	52 374
September	45 167	53 594
Oktober	46 712	
November	47 707	
Dezember	44 825	

Die arbeitstägl. Erzeugung war danach nur im Juni 1916 höher als im Berichtsmontat September. Zählt man die Flußstahlerzeugung der ersten 9 Monate dieses Jahres zusammen, so erhält man 11.930.000 To. gegen 9.673.000 To. in der entsprechenden Zeit des Jahres 1915 und gegen 12.225.000 To. in den gleichen Monaten des Jahres 1914. Die Steigerung der Flußstahlerzeugung während des Krieges ist also so beträchtlich, daß wir im laufenden Jahre über etwa 25 Prozent mehr Stahl verfügen als im vorigen Jahr und bis auf 3 Prozent die Stahlerzeugung des Jahres 1914 erreicht haben, obwohl unter den ersten neun Monaten des Jahres 1914 sieben Friedensmonate waren. Das ist ein glänzender Beweis für die wachsende Leistungsfähigkeit der deutschen Eisen- und Stahlindustrie im Kriege.

Werkeiherverband und Arbeiterbewegung.

Gelegentlich des Kongresses für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln (August 1916) wurde in einer Sondertagung der Arbeiter- und An-

Zur Jugendfrage

(Schluß.)

Als die christlichen Gewerkschaften vor mehreren Jahren ihre Jugendarbeit aufnahmen, geschah es zunächst von den einzelnen Gewerkschaften in Anpassung an die Eigenart der einzelnen Berufe. So wechselte die bloße losse Maßnahme mit den Lehrlingen in den handwerklichen Berufen wechslweise Einreihung derselben in die Gewerkschaft beim Ueberschritt in die Gesellschaft ab mit der völligen gewerkschaftlichen Erziehung der jugendlichen Industriearbeiter in eigenen Jugendklassen. Neben diesen Kern- und Zweckmäßigkeitsfragen war und ist an der Jugendarbeit der christlichen Gewerkschaften grundsätzlich wichtig, daß sie die positive Seite der gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Vordergrund stellt. Wäre man in der Allgemeinheit für diese Seite der Sache weniger mehr Verständnis aufbringen, also die Gewerkschaften nicht bloß als Kampforganisationen zur Beseitigung des Arbeiterkampfes am Produktionsort anzusehen, sondern auch als Einrichtungen zur Hebung der ganzen gewerkschaftlichen Lage, dann würden die Gewerkschaften wohl etwas weniger Mißtrauen von Seiten der unorganisierten Berufenen und Einrichtungen derselben erfahren. Um so ist allerdings der Mißtraue, wie hypochondrisch ausschließlich auf den Kampfcharakter gerichtet. Von da aus ist die Stellungnahme zu den Gewerkschaften, nämlich heftiges oder offenes Mißtrauen, wenn nicht leidenschaftliche Ablehnung, sehr bequem, aber auch sehr ungerade. Bedenken die Gewerkschaften eine derartige Beurteilung, wie wäre denn ihre Haltung im Kriege zu erklären?

Die Jugendarbeit der christlichen Gewerkschaften umfaßt also auch Fragen der gewerblichen Fortbildung, der staatsbürgerlichen Aufklärung usw. Die Gewerkschaften glauben sich zu einer derartigen Arbeit an der Jugend nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet und zwar infolge des gänzlichen oder teilweisen Versagens anderer beruflicher Instanzen. Greifen wir beispielsweise nur mal das Lehrlingswesen heraus: liegen nicht so und so viele Zeugnisse von Gewerbeinspektoren vor, daß Innungen sich kaum oder gar nicht darum bekümmern? Ferner: ist nicht die Klage über Vernachlässigung der Lehrlinge in allen Berufen, unter Vernachlässigung der Ausbildung,

eine allgemeine? Von da aus kommt die Gewerkschaft aber auch als bald zu Fragen von noch allgemeinerer Bedeutung: die Berufswahl ist mindestens so sehr eine gewerkschaftliche als eine allgemein volkswirtschaftliche Frage. Man denke nur an das durch den Krieg noch beförderte verhängnisvoll rasche Anwachsen der ungelerten Arbeitskräfte, an die auf Grund der Arbeitsnachweiseberichte zahlenmäßig feststellbare Tatsache, daß wesentliche Prozentjahre der Schulverlassenen hinsichtlich des zu erwählenden Berufes völlig unentschieden sind, usw. Man denke daran, wie zugleich beklagenswert derartige Erscheinungen volkswirtschaftlich sind und wie sehr sie die Einführung der Gewerkschaften auf die Verteilung der Arbeitskräfte erschweren.

Es ist nun interessant festzustellen, daß auf sozialdemokratischer Seite der radikale Separatismus anscheinend die Tendenzen gefördert hat, die auf eine ähnliche Behandlung der Jugendfrage hinarbeiten, wie wir sie für die christlichen Gewerkschaften feststellen haben. Zwar hatte man früher in den gewerblichen Berufen auf sozialistischer Gewerkschaftsseite bereits praktisch in jenem Sinne gearbeitet. Aber das war eben nur vereinzelt, und von der Gesamtheit der freien Gewerkschaften geschah wenig. Heute nun wird der gewerblichen Fortbildung der Jugend ein auffallend großes Gewicht beigelegt. Die sozialistische „Volkswirtschaft“ brachte in ihren Septembernummern Artikel über das Lehrlingswesen von einer bemerkenswert vorurteilsfreien Tendenz, wie sie keine Handwerkskammer besser schreiben könnte. Allgemein befaßt man sich auf jener Seite sehnlich mit einer besseren Organisation der Berufswahl. Manche Aufsätze beschäftigen sich mit einem Ausbau des Lehrlingsrechts; andere mit der Einbeziehung der Lehrlinge in die Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitern. In den tariflich geregelten Gewerben werden Lehrlingszulagen für Lehrlinge gefordert usw. Kurz: die positiven Seiten der Gewerkschaftstätigkeit werden stark herausgehellt.

Bei einer solchen Sachlage gibt es für die christlichen Gewerkschaften nur eins: man erst recht weiter arbeiten auf dem einmal eingeschlagenen Wege. Es ist ja auch der einzige Weg, um die Jugendlichen selbst dauernd und nachhaltig für ihr Geschick zu interessieren und ihnen die Freude der selbständigen Mitarbeit daran zu verschaffen. Dieser Weg ist die mittlere Linie zwi-

schen der selbständigen Jugendbewegung (ohne Mitwirkung der Erwachsenen) und der Jugendpflege (unter hauptsächlichster Mitwirkung Erwachsener bei mehr fürsorglicher Behandlung der Jugendlichen). Keine andere Jugendorganisation ist in der Lage, die Gewerkschaft bei dieser Art der Jugendarbeit zu ersetzen; es kann nur ein Hand in Hand-Arbeiten derselben mit den Gewerkschaften geben. Ein solches ließe sich beispielsweise hinsichtlich der gewerblichen Fortbildung zwischen christlichen Gewerkschaften und Gesellen- und Lehrlingsvereinen außerordentlich fruchtbar gestalten.

Vollständig wird durch die Jugendfrage der Gewerkschaften das Jugendproblem nicht erfasst: es fehlt vor allem die systematische Einflussnahme auf das sittliche Gebiet, die sittlich-religiöse Erziehung, die außerhalb des Rahmens der Gewerkschaftstätigkeit liegt. Die christlichen Gewerkschaften haben diese Tätigkeit den berufenen konfessionellen Faktoren überlassen. Um auch da systematisch vorzugehen, haben sie Ende 1911 mit den katholischen Jugendvereinen eine gegenseitige Arbeitsteilung vereinbart, die gleichzeitig die Verpflichtung einer gegenseitigen Förderung in sich schloß. An diese Vereinbarung wird man erinnert beim Lesen eines Beschlusses, den die Salzauer Konferenz der preussischen Bischöfe unterm 23. August „aus Anlaß der im Reichstage erfolgten Annahme der Vereinsgesetznovelle“ gefaßt hat. In dem Beschlusse heißt es zu der Frage der gewerkschaftlichen Organisation der Jugendlichen:

1. Insofern die Jugendlichen infolge einseitiger Agitation von kirchenfeindlicher Seite und zur Sicherung gewerkschaftlicher Vorteile eines frühzeitigen gewerkschaftlichen Anschlusses bedürfen, ist zu erwägen, ob diesem Bedürfnisse im Schoße der Jugendvereine selbst mit genügendem Erfolge entsprochen werden kann. Diese Frage nach dem Aufbau der einzelnen Jugendvereine selbst, nach ihrem Zusammenhange mit den entsprechenden Ständebereinen Erwachsener, sowie nach den örtlichen Verhältnissen und Erfahrungen zu prüfen.

2. An solchen Orten jedoch, an denen es unentbehrlich erscheint, daß Jugendliche zwecks Sicherung wirtschaftlicher Vorteile und zwecks Bewahrung vor den sozialistischen Gewerkschaften, zu den christlichen Gewerkschaften in Beziehung treten, haben die katholischen Jugendvereine dahin zu streben, daß dies nicht in einer Weise geschehe, die dem Bestande und dem Arbeitsge-

gestellten Organisationen eine Entschliessung angenommen, worin ein Zusammenwirken mit den wirtschaftsfriedlichen Vereinen abgelehnt wird, weil diese Vereine nicht als unabhängige Vertretung von Arbeiterinteressen anerkannt werden können.

Wir stellen hierdurch fest: Zu dieser Sondertagung der Gewerkschaften haben wir, ebenso wie die übrigen Angestelltenverbände, von denen keiner eine Einladung erhalten hatte, keinen Vertreter entsandt, so daß auch niemand die Berechtigung hatte, dort irgendwelche Erklärungen namens des Verbandes abzugeben.

Demgegenüber wird in der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ (Nr. 21 vom 13. Oktober 1916) festgestellt, daß ein Vertreter des Deutschen Werkmeister-Verbandes tatsächlich der Gewerkschaftstagung beigewohnt und sich ausdrücklich für die gegen die Gelben gefasste Entschliessung erklärt hat.

Ueber die Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln vom 23.-25. August berichtet eingehend Kollege Kroll. Eine Uebersicht über den Bericht ist schon in Nr. 36 „Der Werkmeister“ veröffentlicht worden.

Der Bezirksverein Berlin des Werkmeisterverbandes nimmt mit hin zu den hier behandelten Fragen eine entgegengesetzte Stellung ein wie das Hauptorgan des Werkmeisterverbandes.

Auf der Tagung des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln am 25. August 1916 haben bekanntlich die freien, christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften in einer Sondertagung es abgelehnt, mit den wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinigungen (Werkvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine und Gewerkschaften — von den Gegnern als gelbe Gewerkschaften genannt —) zusammenzuwirken.

Meine vorausgegangenen Ausführungen, die auf Tatsachen und Erfahrungen aufgebaut und bestrebt sind, die Lage ohne jede Voreingenommenheit und Leidenschaft zu erfassen, dürfte auch hinsichtlich der in dem Erlaß der hochw. Herren Bischöfe angeschnittenen Fragen ausreichende Klärung bringen.

Der Produzentenpreis ist in dieser Aufstellung berechnet nach Abzug von 75 Pfg. pro Zentner für Grobhandelsbesen, Fracht und Gewinn. In Vergleich gesetzt der Höchstpreis, der im November 1915 eingeführt wurde, und der gegenwärtige Groß- und Kleinhandelspreis.

Arbeitergewerkschaften hat auch der deutsche Werkmeisterverband sich angeschlossen. Wir wollen nicht unterlassen, diese letztere Tatsache hervorzuheben, bezw. ihnen ins Gedächtnis zurückzurufen, da sie u. G. and. beurteilt werden muß, als das Verhalten der Streikgewerkschaften.

Sollte diese Auffassung zutreffen, so wäre es zweckmäßig, die Werkmeister, die dem Verband angehören, in geeigneter Weise auf die Angehörigkeit oder Bedenklichkeit des Vorgangs in ihrem Verband betreffend aufmerksam zu machen.

Es ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß auch noch andere Arbeitgeberverbände in ähnlicher Weise auf ihre Mitglieder und auf die Werkmeister eingewirkt haben.

Das Rundschreiben des Kölner Arbeitgeberverbandes ist charakteristisch für die Anschauungen, die in großindustriellen Kreisen über den Bearb. Koalitionsfreiheit der Angestellten gang und gäbe sind, Koalitions- und Meinungsfreiheit für die Angestellten nur so weit und so lange, als sie den Unternehmern zu Willen sind.

Die Preise auf dem Gemüsemarkt.

Auf dem Gemüsemarkt geht es wieder brunter und drüber. Es werden im Kleinhandel Preise verzeichnet, die die kühnsten Hoffnungen der Produzenten und des Handels übersteigen.

Table with 5 columns: Großhandelspreise Berlin, Marktstraße Oktober 1914; Produzentenpreis; Höchstpreis für Produzenten Verordn. v. 11. Nov. 1915; Großhandelspreis Berliner Marktstraße 14. Okt. 1916; Kleinhandelspreise.

Der Produzentenpreis ist in dieser Aufstellung berechnet nach Abzug von 75 Pfg. pro Zentner für Grobhandelsbesen, Fracht und Gewinn. In Vergleich gesetzt der Höchstpreis, der im November 1915 eingeführt wurde, und der gegenwärtige Groß- und Kleinhandelspreis.

gibt aber nicht an, daß in dieser Notlage die Bevölkerung gezwungen wird, diese hohen Preise zu zahlen. Vom Kriegsernährungsamt ist erklärt worden, daß, sollten die Preise außerordentlich hoch gehen, wieder zur Höchstpreisfestsetzung gegriffen wird.

Dringend notwendig wird es sein, daß wiederum angeordnet wird, daß der Verkauf nach Gewicht stattfindet. Der gegenwärtige Zustand, daß der Handel rein nach Schätzung den Verkauf vornehmen kann, ohne daß der Käufer einen Anhalt hat, welchen Preis er pro Pfund bezahlt, dient nur dazu, jede Kontrolle der übermäßigen Preisaufschläge unmöglich zu machen.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. November der sechszehnzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. November bis zum 18. November fällig.

Wir ersuchen unsere Kollegen im Felde, sowie die Frauen unserer Kollegen, jede Adressänderung sofort ihrer betreffenden Ortsverwaltung mitzuteilen, damit die Ortsgruppe in fester Verbindung mit ihnen bleiben kann.

Aus dem Verbandsgebiet

Quisburg-Mülheim-Derhausen. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle fand am 29. Oktober im „Burgacker“ zu Quisburg statt und war von den Zahlstellen sehr zahlreich besucht, sodaß der Saal die Teilnehmer kaum fassen konnte.

Wöhne sind mit Rücksicht auf die kolossale Teuerung bei weitem nicht genügend gestiegen. Eine Umfrage bei 2180 über 20 Jahre alten Arbeitern im Stadtbezirk Duisburg hat ergeben, daß von den Erfassen 1803 einen Stundenlohn von unter 80 Pfg. pro Stunde hatten. 377 Verdienten über 80 Pfg. und davon erreichten 134 ein Stundenverdienst von 1 Mark und mehr. Andererseits wurden aber 252 gezählt, die unter 50 Pfg. pro Stunde erhielten. Wir lassen die Aufstellung folgen:

Table with 12 columns: Beruf, 1890, 1900, 1910, 1915, 1920, 1925, 1930, 1935, 1940, 1945, 1950, 1955. Rows include various professions like Schlichter, Schlosser, etc.

deshalb mehr verdient, wie vor dem Kriege, weil heute Heberstunden und Sonntagsarbeit Regel geworden sind. Nach dem Bericht der Rheinisch-Westfälischen und Walzwerksberufsgenossenschaft liegt der Durchschnittslohn im Bezirk der Sektion Oberhausen von 1743 im Jahre 1914 auf 1866 Mark im Jahre 1915, das sind 122 Mark im Jahr oder ganze 40 Pfg. pro Tag und Kopf. In Essen hingegen liegt der Lohn um 333 Mark und betrug daselbst 2308 Mark. Die Arbeiterschaft des hiesigen Bezirks hat alle Ursache, eine Erhöhung der Wöhne zu verlangen. Die Ausgaben, welche einer 4köpfigen Familie nach den Berechnungen von Calber für Lebensmittel entstehen, sind von 25,12 Mark im Juli 1914 auf 53,47 Mark im Juli d. Js. gestiegen. Referent berichtete dann über mehrere erfolgreiche Lohnbewegungen. Es war in einigen Betrieben möglich, Lohnzulagen von 0,50 bis 1,50 Mark durchzusetzen. Einige größere Bewegungen sind noch nicht abgeschlossen. Leider zeigen die Setzungen der großen Werke wenig Entgegenkommen und lehnen es ab, mit den berufenen Vertretern der Arbeiter zu verhandeln. Die vielen Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern lassen die Einführung von Kriegsausgleich als eine dringende Notwendigkeit erscheinen. Nachstehende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

Entschliebung:

Die heute im „Burgader“ in Duisburg versammelten Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes der Ortsverwaltung Duisburg-Mülheim-Oberhausen nehmen Kenntnis von den Lohnbewegungen des verfloffenen Vierteljahres und erkennen dankbar die Tätigkeit der Verhandlungsleitung an. Sie bedauern außerordentlich die Haltung der Unternehmer des hiesigen Bezirks, welche es ablehnen, weder mit den Gewerkschaftsführern, noch mit den eigenen Arbeitern über Lohnfragen zu verhandeln. In Verfolg dessen sind die Arbeiter nicht in der Lage, den Verhältnissen entsprechende Wöhne zu erzielen, wie dieses auch aus den Berichten der Rheinisch-Westfälischen Sütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft deutlich hervor geht, wonach in der Sektion Oberhausen auf pro Arbeiter und Schicht im Jahre 1915 nur eine Steigerung der Wöhne um 40 Pfg. zu verzeichnen ist.

Der seit herige Standpunkt der Heeresverwaltung, sich nicht in die Lohnfrage einzumischen, ist unseres Erachtens dauernd nicht ausrecht zu erhalten. Wenn die Arbeiter auf das gesetzliche Mittel, Lohnaufbesserung durch Arbeitsverweigerung zu erzwingen, während des Krieges aus nationalen Interessen verzichten, dann müssen die Arbeiter verlangen können, daß in geeigneter Weise auf die Werke eingewirkt wird. Der seit herige Zustand bedeutet nichts anderes als eine indirekte Vergünstigung der großen Werke.

Die Bestrebungen der Gewerkschaften, auch für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet Einigungsinstanzen, sogenannte Kriegsausgleich, zu errichten, sind bis jetzt am Widerstand der großen Werke gescheitert, während in Berlin, Provinz Brandenburg, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen solche bestehen und auch segensreich wirken. Die Versammelten können nicht erkennen, warum die Arbeiter des hiesigen Bezirks weniger Rechte haben, wie diejenigen anderer Bezirke oder sollen die Arbeiter für die bisherige Treue bestraft werden. Im Interesse einer siegreichen Beendigung des Krieges fordern wir die unbedingte Einführung von Kriegsausgleich und dieselbe Behandlung, wie alle anderen Arbeiter des deutschen Reiches.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden noch folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt:

- 1. Alle Zahlstellenvorsitzende sind verpflichtet, eine gute Verbindung mit den im Felde befindenden Kollegen aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde ist das Verbandsorgan regelmäßig den betreffenden Kollegen zuzusenden. Die Angehörigen der Feldzugsteilnehmer wollen den Vorsitzenden die Adressen und Änderungen regelmäßig mitteilen.
2. Da geplant wird, den Feldzugsteilnehmern zu Weihnachten eine Liebesgabe zu senden wird jedes Mitglied, sofern nicht besonders ungünstige Verhältnisse vorliegen, verpflichtet, mindestens 1 Mark für diesen guten Zweck beizusteuern.
Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die Anwesenden, eifrig im Sinne des Schönen und der gefaßten Beschlüsse

zu arbeiten, denn nur dadurch könne den Wünschen der Arbeiter Geltung verschafft werden. Mit Worten des Dankes für den zahlreichen Besuch und das rege Interesse, wurde die schön verlaufene Tagung geschlossen.

*

Herbringen bei Sütten. Am Sonntag, den 22. Oktober hatte unsere Zahlstelle eine anregende Zusammenkunft, der Besuch der Mitglieder hätte besser sein können. Auch ist es zu empfehlen, bei solchen Anlässen die Arbeiter anderer Betriebe mitzubringen. Kollege Riefelheimer-Neheim erläuterte die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, deren Licht- und Schattenseiten und die Notwendigkeit der Selbsthilfe für den Arbeiterstand. Letztere ist nur in einem dauernden Zusammenschluß der Berufscollegen durchgreifend möglich. Zunächst will der Einzelne zu ängstlich ist, um vorzutreten, dann auch weil er allein nichts vermag und dann, weil ihm die Gesamtübersicht fehlt. Die Sütten-Verwerkschaft dürfte darin doch wiederum ein lehrreiches Beispiel liefern. Leider zieht ein großer Teil der Arbeiter nicht die notwendige Lehre daraus, also müssen einsichtige Arbeitsskollen nachhelfen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, für die Ausbreitung unseres Verbandes eifrig mitzuwirken und dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen, dieser Satz unseres Statuts muß von allen Mitgliedern mehr beachtet werden. Nur dann ist es möglich, einer Unterernährung unserer Familienangehörigen, bei den teuren Lebensbedingungen von heute entgegen zu wirken. Mit den Worten „Es ist Krieg“, lassen wir uns nicht über die Tatsache hinweg, daß wir für die Hebung unseres Standes auch selbst uns mühen müssen. Setzt mal herüber zu den anderen Ständen; die haben aber auch mitwirken müssen. Es ist denen eine Verbesserung nicht in den Schoß gefallen, da heißt es mitarbeiten und wenn solches auch nur die Vorarbeiten sein haben. Die Kollegen verbrachten einstimmig, jetzt aber eifrig mitzuhaben und nicht zu erlahmen, bis der letzte Metallarbeiter des Ortes auch Mitglied unseres Verbandes sei. Kollegen, seid überall eifrig an diesem Vorhaben tätig, dann wird auch die Zeit nicht mehr ferne sein, wo wir die Teuerungszulage in eine dauernde Lohnerrhöhung umgewandelt haben.

Literarisches

Flammen. Gedichte von Christoph Wierbrocht (Losen). Das Sekretariat Sozialer Studentenarbeit in M.-Glabbad hat während der Kriegszeit eine erhebliche Zahl literarischer Gedichtes herausgebracht, deren Inhalt zeitlich und gedanklich — fast durchweg zur Kriegsliteratur zählt. Darunter sind Dichter aller Stände vertreten. Neben mühelos Schöpfenden, die bereits eine große Gemeinde haben, wie unter herlicher Heinrich Verisch, der in Anerkennung seiner Leistungen vor kurzem den Meißelpreis erhielt, sind auch solche, die der Öffentlichkeit bisher unbekannt waren, solche, die noch schwer rinnen und suchen und gerade dadurch des Interesses nicht entbehren. Und das ist das gewis anerkennende Verdienst Dr. Sonnenheims, daß er, so manchem Licht Suchenden Mentor wurde. Auch Heinrich Verisch, dem Arbeiter-Dichter, hat er die erste Hand gereicht. Und wahrlich, keinem wird der Aufstieg schwerer wie dem zur Höhe rinnenden Arbeiter. Seine etwa anaborenen künstlerischen Fähigkeiten und Talente verkümmern zumeist unter dem Druck des Alltags, der Verständnislosigkeit oder gar dem Hohn seiner Umgebungen. Wer sich nicht in seinen inneren Jahren mit eigener Ausübung seines ganzen Könnens durchzusetzen verstand, der ist gewöhnlich als geistig Schaffender verloren. Und doch gibt es Ausnahmen. Das beweist uns Christoph Wierbrocht, dessen Gedichte über viele mehr eine Ausnahme derselben, unter dem Titel: „Flammen“ jedoch im Verlaufe des Sekretariats Sozialer Studentenarbeit erschienen sind. Er ist uns kein Unbekannter mehr. Eine Reihe Gedichte hat er, unter Verbandskollegen, der Eignen Eindrücke Christoph Wierbrocht, unter Namenszeichnung schon im Verbandsorgan veröffentlicht. Die Grundgedanken sind der Industrie, seiner Arbeitshätte, dem Wesen der Arbeit, zumeist entlehnt. Doch beschränkt er sich darauf nicht. Das große Geschehen unserer Zeit hat ihn — ganz natürlich — auch in seinen Mann gezogen. „Gloria et patria“, „Deutsches Ringen“, „Kriegs Sonntag im Frühling“ und vieles andere zeigen es. Aber besonders liegen ihm Schilderungen aus der Industrie. Das Werk ist wohl kein „Vespermetz“. Wierbrocht gehört zu denen, wie es im Vorwort heißt, das Kollege Redakteur Georg Wierbrocht geschrieben: „die uns die Strafe zeigen, welche die Empfindungen der Arbeiteriele nimmt...“ seine Gedichte sind Regesteine zu dem Weltreich von Eisen und Stahl.“ All unsere Kollegen, die einmal eine stille Stunde älteren Genossen weihen, sei das Gedichtes „Flammen“ empfohlen. Der Preis ist niedrig, er beträgt nur 20 Pfg. Es ist direkt vom Verlag des Sekretariats Sozialer Studentenarbeit in M.-Glabbad gegen Einendung des Betrages, zusätzlich 3 Pfg. für Porto, zu beziehen. Th.

Geldgänge bei der Hauptkasse

Monat September.

Erlangen 703.25 Mk., Antonienhütte 15.— Mk., Saarburg 100.— Mk., Freiburg 47.40 Mk., Berlin 200.— Mk., Dinslage 50.— Mk., Bremen 45.— Mk., Hamm 200.— Mk., Wasseralfingen 422.58 Mk., Düsseldorf 1500.— Mk., Dipe 200.— Mk., Kiel 100.— Mk., Hötensleben 24.80 Mk., Flensburg 240.— Mk., Hamburg 80.— Mk., Danzig 350.— Mk., Dortmund 600.— Mk., Dinslage 150.— Mk., Gelsenkirchen 500.— Mk., Hagen 440.94 Mk., Köln 1400.— Mk., München 350.— Mk.

Monat Oktober.

Antonienhütte 15.— Mk., Epen 3000.— Mk., Hagen 400.— Mk., Unterlohn 119.44 Mk., Schaffnerried 55.— Mk., Lanzen 7.80 Mk., Erlangen 500 Mk., Reissen 22.20 Mk., München 174.76 Mk., Dortmund 600.— Mk., Flensburg 94.64 Mk., Erfurt 16.70 Mk., Halle 15.67 Mk., Bremerhaven 22.68 Mk., Duisburg 1000.— Mk., Mülheim-Oberhausen 700.— Mk., Ransjen 33.41 Mk., Göttingen 115.22 Mk., Minden 700.— Mk., Bremen 70.— Mk., Straubing 16.30 Mk., Esnaabrad 300.— Mk., Biorzheim 319.85 Mk., Mannheim 300.— Mk., Regens-

berg 144.53 Mk., Danzig 415.08 Mk., Bielefeld 150.— Mk., Mühlhagen 141.37 Mk., Salenze 13.11 Mk., Bonn 59.36 Mk., Roth 21.36 Mk., Duderstadt 23.20 Mk., Lamberthelm 58.19 Mk., Stettin 197.13 Mk., Eisenach 126.85 Mk., Nürnberg 1734.54 Mk., Hagen 500.— Mk., Münster 50.80 Mk., Lipphstadt 475.97 Mk., Bequik 77.74 Mk., Rohlolt 38.92 Mk., Bremen 89.40 Mk., Magdeburg 500.— Mk., Bielefeld 100.— Mk., Peine 48.07 Mk., Osbera 544.05 Mk., Gelsenkirchen 284.88 Mk., Markt-Redwitz 23.31 Mk., Dipe 377.71 Mk., Aue 23.06 Mk., Berlin 200.— Mk., Freising 29.92 Mk., Redarholm 35.30 Mk., Schöppinh-Mosbrin 30.40 Mk., Melsburg 156.83 Mk., Lübeck 180.75 Mk., Werbohl 500.— Mk., Böhrenbach 118.54 Mk., Tuttlingen 121.45 Mk., Reichenstein 37.46 Mk., Hannover 160.87 Mk., Weiborn 24.10 Mk., Ditzhura 3051.86 Mk., Gmünd 114.24 Mk., Elbina 189.50 Mk., Fortwanen 171.03 Mk., Raoltsack 22.06 Mk., Dinsfen 178.48 Mk., Amberg 1910.34 Mk., Offen 7814.45 Mk., Bromberg 23.46 Mk., Düsseldorf 2180.— Mk., Worms 39.15 Mk., Saarbrücken 1367.75 Mk., Hamm 1500.— Mk., Erberg 38.— Mk., Wittenburg 36.38 Mk., Wittenbach 655.21 Mk., Fulda 59.59 Mk., Hanau 20.79 Mk., Rena 25.— Mk., Maabeburg 116.82 Mk., Pönn 1373.35 Mk., Kiel 154.06 Mk., Neheim 1202.80 Mk., Dese 209.— Mk., Hannover 200.— Mk., Soersheim 94.82 Mk., Breslau 106.05 Mk., Calbe 96.10 Mk., Chemnik 129.80 Mk., Stuttgart 266.02 Mk., Dnebrud 518.37 Mk., Amern 106.64 Mk., Kranenthal 88.11 Mk., Rabenahrg 43.92 Mk., Hamm 800.— Mk., Bielefeld 150.— Mk., Koppete 40.75 Mk., Frankfurt 656.13 Mk., Mannheim 600.— Mk.

Versammlungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!

Verfümt ohne Grund keine Versammlung!

Freitag, den 10. November 1916:

Esser-Mitteld. Abends 8.30 Uhr im kath. Gesellenhause Sektionsversammlung mit Vortrag.

Samstag, den 11. November 1916:

D.-Schneid. Morgens 11 Uhr im kath. Vereinshaus, Markeimerstr. 155a, Jugendversammlung, an dieser Versammlung können alle Kollegen teilnehmen.

D.-Meiderich. Nachmittags 4.30 bei Kleine-Ratland, Unter den Ulmen, mit Frauen. Referent: Kollege Hentzmeier.

D.-Lehr. Abends 6 Uhr bei Müller, Kaiserstr., mit Frauen. Referent Kollege Burqarh.

Mülh.-Sumboldkolonie. Abends 8.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Huth, Wattstr.

Sonntag, den 12. November 1916.

Mülh.-Mülheim. Morgens 10.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Redholz, Regentenstr. 9.

Mülh.-Kall. Morgens 10.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Hüntgesberg, Brauerstr. 14.

Mülheim-Mühlr. 8 Uhr bei Tappe, 25H. und Bahnhafen-Gde.

Schmachtendorf. 5 Uhr bei Küpers. Wichtige Tagesordnung, alle Mitglieder müssen teilnehmen.

Sonntag, den 19. Oktober:

Gelsenkirchen-Schalle. 11 Uhr bei Wegener.

Hagen-Altenhagen. vormittags 10.30 bei W. Schmetler Bueferstr. 1.

Kollegen agitiert für den Verband

Im Selbstverlag des Christlichen Metallarbeiterverbandes

ist vor kurzem erschienen

Soziale Strömungen und gewerkschaftliche Arbeit während der Kriegszeit.

Bericht der Bezirksleitungen über die Wirksamkeit des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands in den Provinzen Rheinland und Westfalen.

167 Seiten Großformat

Das Werk berichtet eingehend über das Wirken des Verbandes in der allgemeinen Kriegsfürsorge, im Konsumtentenschutz, in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter, Teuerungszulagen, Tätigkeit der Behörden usw. und enthält außerordentlich reichhaltiges Material.

Dreis 1 Mark.

Für Verbandsmitglieder durch die Verwaltungskosten 50 Pfennig.

Advertisement for 'Feldpost-Karten und Briefumschläge' (Field Post Cards and Envelopes) for the Duisburg region, mentioning 'Echo vom Niederrhein, Duisburg'.